

LINKE Energiepolitik - Leitlinien 2020

Energiewende - sozial, ökologisch und friedlich gestalten

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr.1 und hat damit auch eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz in Deutschland und international. Denn von den energiebedingten CO₂-Emissionen der Bundesrepublik entfallen rund ein Drittel auf unser Land. NRW hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern den höchsten Anteil an eigener Energieproduktion. Bei der Stromerzeugung kommt es auf eine Summe von 181.000 Gigawattstunden im Jahr. Zu ca. 45 Prozent wird dabei der Strom aus Braunkohle, zu ca. 38 Prozent aus Steinkohle gewonnen. Erdgas macht zwölf Prozent aus, Mineralöle knapp zwei Prozent. Nur zu knapp drei Prozent erlangt NRW Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind- und Wasserkraft oder Bioenergien. Bundesweit tragen Wasser, Wind, Sonne und Co. jedoch bereits mit ca. 14 % zur Stromerzeugung bei. Da in NRW mehr Strom erzeugt als verbraucht wird, ist das Land auch Energielieferant für andere Bundesländer.

Die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es insgesamt und uns um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. Energie steht heute nicht mehr nur für Wohlstandssicherung und volkswirtschaftliche Entwicklung. In den Mittelpunkt rückt zunehmend, wie sich das jeweilige Energiesystem auf das Weltklima und die Umwelt auswirkt, welche Auswirkung die Verknappung der Energieressourcen auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben, wie verhindert werden kann, dass steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten und wer auf der anderen Seite an den weitgehend vorhandenen monopolistischen Strukturen verdient.

Neue Erkenntnisse aus der Klima-Wissenschaft zeigen die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer globalen Energiewende auf: Energiepolitik muss Klimapolitik werden. Europa und hier insbesondere Deutschland muss dabei aufgrund seiner historischen Verantwortung für die Entstehung des Klimawandels eine Vorreiterrolle übernehmen. Das wichtigste Energie- und Wirtschaftsbundesland NRW ist dabei besonders gefordert. Dies bedeutet einerseits den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich. Bei sparsamem und effizientem Umgang mit Energie können erneuerbare Energieträger bis Mitte dieses Jahrhunderts unseren Energiebedarf weitgehend decken. Klimaschutz ist auch deshalb kein Argument für die Nutzung der Atomenergie. Aufgrund der ungeklärten Endlagerfrage und der immensen Risiken beim Betrieb von Atomanlagen setzt sich DIE LINKE. NRW deshalb für einen beschleunigten Atomausstieg ein.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz als zentrale Säulen der Energiepolitik mindern zudem die hohe Importabhängigkeit Deutschlands und Europas von fossilen und nuklearen Brennstoffen und sorgen damit für mehr Versorgungssicherheit. Gegenwärtig importiert Deutschland 100 Prozent des genutzten Urans und nahezu 97 Prozent des Mineralöls. Der Anteil der Gasimporte liegt bei 83 Prozent und auch der Importanteil bei der Steinkohle beträgt 61 Prozent. Geopolitisch ist eine größere Unabhängigkeit von Öl und Gas aus wenigen Lieferländern auch eine Präventivstrategie zur Vermeidung internationaler Konflikte und damit ein wesentlicher Beitrag zu einer glaubwürdigen Friedenspolitik.

Eine Umstrukturierung des Energiesektors hätte auch über Klimaschutz und verminderte Importabhängigkeit hinaus weitere Vorteile. Sie würde zu mehr wirtschaftlicher Wertschöpfung im Lande und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen führen. In der klassischen Energiewirtschaft gehen schon heute die Beschäftigungszahlen deutlich zurück, während in der Branche der erneuerbaren Energien weit über hunderttausend neue Arbeitsplätze entstanden sind.

Zunehmend rückt zudem die Erkenntnis in den Mittelpunkt, dass bereits in wenigen Jahren die globalen Fördermaxima von Öl und Gas erreicht sein werden und dass sich dann die Schere zwischen Energienachfrage und -angebot sprunghaft öffnen wird. Die Rohstoffpreise werden nie gekannte Höhen erreichen, was insbesondere die weniger Wohlhabenden treffen wird. Unter solchen Preisexplosionen werden gleichsam Geringverdienerinnen und -verdiener in Deutschland wie auch viele Entwicklungsländer leiden.

DIE LINKE setzt sich daher für eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Dazu muss die gegenwärtige monopolartige Struktur in der Energiewirtschaft aufgebrochen werden. Im Strombereich bedeutet dies konkret die eigentumsrechtliche Trennung der Stromkonzerne von den Stromnetzen und mehr Transparenz und Kontrolle bei der Preisgestaltung

Auch in NRW die Klimakatastrophe verhindern

Die Umweltpolitik in NRW ist durch die Interessen der Großkonzerne, ihrer Lobbyverbände und der Vermögenden geprägt worden. In den Politikfeldern der Umwelt-Energie-, Chemie-, Landwirtschafts-, Abfall- und Wasserwirtschaftspolitik sowie in der Verkehrspolitik wurden falsche Weichen gestellt. Der vom Menschen erzeugte Klimawandel nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an. Ein Richtungswechsel in der Umweltpolitik hat jedoch nicht stattgefunden.

DIE LINKE. NRW setzt sich für eine konsequente soziale und ökologische Politik ein. Nur mit ihr sind die drängenden Umweltprobleme zu lösen. Ein ökologisch und sozial nachhaltiger Umbau des Landes war nie das Ziel der CDU/FDP Landesregierung. Der beschlossene Ausstieg aus der Steinkohlesubvention findet sein inkonsequentes Gegenstück in der massiven Förderung von billiger Importkohle. Neue klimaschädliche Kraftwerke sind in Bau und Planung, anstatt massiv erneuerbare Energie zu fördern und Energie optimal einzusparen. Hier zeigt sich deutlich: die kapitalistische Wirtschaft und ihre politischen Sachwalter sind nicht in der Lage, integrierten Umweltschutz zu betreiben. DIE LINKE. NRW tritt deshalb konsequent für den Vorrang der Politik, des Umweltschutzes und der Interessen der Bevölkerung gegenüber den Renditeinteressen der (Privat-)Wirtschaft ein.

Für den ökologischen Umbau der Energieversorgung

Vorrangig ist für uns eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle. DIE LINKE. NRW steht für den Fortbestand und Ausbau der kommunalen Energieversorgung. Das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu erweitern, statt immer weiter einzuschränken.

DIE LINKE. NRW steht für den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Konkret fordern wir die Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau. Eine weitere Einlagerung von Atommüll in Ahaus ist zu untersagen - Ahaus darf kein Endlager werden. Die von der CDU/FDP-Landesregierung geplante Renuklearisierung der Forschungsanlage Jülich muss verhindert werden. Außerdem fordern wir das strikte Verbot des Exports von Nukleartechnologie.

Der Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie sowie der äußerst klimaschädlichen Braunkohleverstromung hat für DIE LINKE. NRW höchste Priorität. Mittelfristig wollen wir auch aus der klimaschädlichen Steinkohleverstromung aussteigen. Wir setzen auf optimale Energieeinsparung, die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas. Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke verstärkt zu nutzen und alle Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung zu betreiben. Dafür ist es dringend erforderlich, die Energieversorgung zu dezentralisieren, zu rekommunalisieren und die Stromnetze zu vergesellschaften. Wärmeisolierung und energiesparende Technologien gilt es zu fördern. Das schafft zahlreiche neue Arbeitsplätze, vor allem in der Bau-, Metall und Elektroindustrie sowie im Handwerk. Einkommensarmen Teilen der Bevölkerung sind Energiesparhilfen zu gewähren.

Braunkohle ist unter den fossilen Energieträgern der größte Klimakiller. DIE LINKE. NRW fordert deshalb den schnellstmöglichen Stopp des Braunkohleabbaus und die Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke. Zur

Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und zur Renaturierung der Abbaugelände in der Braunkohleregion zwischen Köln und Aachen muss ein regionales Forum unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen geschaffen werden. Insbesondere der RWE-Konzern muss die Kosten für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und für die ökologischen Folgen des Braunkohleabbaus übernehmen.

Außerdem treten wir für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Steinkohleverstromung ein. Wir unterstützen die Initiativen gegen KohlegröÙkraftwerke vor Ort. Die Große Koalition hat einen Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung bis 2018 beschlossen, mit einer Überprüfung im Jahr 2012. Der Einsatz inländischer Steinkohle soll weitgehend durch billigere Importkohle ersetzt werden. Das ist aus Sicht des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit eine grundfalsche Weichenstellung.

Fazit: Klimaschutzkonzept NRW längst überfällig

Nordrhein-Westfalen benötigt dringend eine neue Leitentscheidung „Zukunftsfähige Energiestruktur 2020/2050“ und ein umfassendes Klimaschutzkonzept. Die unausweichliche Erneuerung des überalterten Kraftwerksparks bietet jetzt die Chance zum grundlegenden Umsteuern – weg von der Kohle im Grundlastbereich, hin zu effizienteren, dezentralen und umweltfreundlicheren Alternativen. Die CDU/FDP NRW-Landesregierung beabsichtigt aber auch jetzt die Energiepolitik in die falsche Richtung fortzusetzen – mit längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke und Kohlekraftwerken. Derzeit sind in Nordrhein-Westfalen 11 neue Kohlekraftwerke in Planung oder Bau, die trotz fortschreitenden Klimawandels den klimaschädlichen Kohletrend verstärken. Einem geplanten Zubau von 12.000 Megawatt elektrischer Leistung stehen lediglich Kraftwerksstilllegungen von 3.650 MW gegenüber. Werden all diese Kraftwerke tatsächlich realisiert, so würden damit Kohlendioxidemissionen in Höhe von etwa 75 Millionen Jahrestonnen für 40 bis 50 Jahre strukturell festgelegt. Die notwendige Energiewende lieÙe damit weiter auf sich warten. Erneuerbare Energien spielen im NRW-Energiemix entgegen dem Bundestrend weiterhin nur eine marginale Rolle, ein wirksames Klimaschutzkonzept ist nicht erkennbar. Bleibt es dabei, werden alle Klimaschutzziele deutlich verfehlt – mit dramatischen ökologischen und volkswirtschaftlichen Folgen.

Energiekonzept bis 2020

Für die Bundesrepublik Deutschland könnte der Energiesektor sich als politisches Einfallstor für die Revitalisierung gemeinwirtschaftlich orientierter Wirtschaftspolitik erweisen. Energie ist täglich präsent, ist immer ‚dabei‘. Energie ist sowohl im eigenen Haushalt vorhanden als auch weltweit politisch eine dominante Größe. Millionen Menschen ist dies bewusst.

Wenn es gelänge, erfolgreiche demokratische und effiziente Energieunternehmen zu schaffen, würde ein solches ‚wirtschaftsdemokratisches‘ Experiment das Denken breiter Bevölkerungskreise beeinflussen – es wäre ein bedeutender Schritt, die neoliberale Dominanz zu brechen, die weltweit und national bereits soviel Schaden angerichtet hat.

Aber der Neoliberalismus ist kein unabwendbares Schicksal. Er ist von der Eliten umgesetzt worden und kann gegen ihren Willen auch wieder durch eine demokratisch-sozialistische Wirtschaftspolitik ersetzt werden.

Ein Aufbruch jenseits von Chaos und Anarchie der Märkte und Börsen ist möglich.

Die LINKE NRW stellt sich dieser Herausforderung.

Wenn Deutschland das erste Klimaschutzziel mit der Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 erreichen will, müssen unverzüglich folgende Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- A. Durch Effizienzsteigerung in allen relevanten Bereichen (Haushalte, Industrie, Verkehr sowie im Sektor Gewerbe/Handel/ Dienstleistungen/übrige Verbraucher) wird die eingesetzte Strom-, Wärme- und Kraftstoffmenge gesenkt.
- B. Das Potenzial der Erneuerbaren Energien wird optimal ausgeschöpft.
- C. Strom und Wärme werden mit modernsten Technologien erzeugt, d. h. möglichst dezentral, in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen statt separat in reinen Kraftwerken (Strom) und reinen Heizwerken (Wärme).
- D. Die Stromnetze werden vergesellschaftet, die Energiewirtschaft rekommunalisiert. Neue, unabhängige Kraftwerksbetreiber müssen einen ungehinderten Zugang zum deutschen Strom- und Gasmarkt erhalten.

Im Detail sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Der Emissionshandel muss so ausgestaltet werden, dass der Neubau von Braunkohlekraftwerken finanziell nicht privilegiert wird.
2. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung muss konsequent gefördert werden. Dazu sollten die entsprechenden Regelungen im Emissionshandel stärker als bisher genutzt und das KWK-Gesetz neugestaltet werden. Kraft-Wärme-Kopplung muss grundsätzlich wirtschaftlicher sein als die getrennte Erzeugung von Wärme und Strom.
3. Grundlegende Technologien in der Industrie (z.B. Motoren, Kompressoren, Beleuchtung) brauchen verbindliche Mindest-Effizienz-Standards. Es muss auch sichergestellt werden, dass alle Geräte, die neu in Betrieb gehen, nach neuestem Stand der Technik die effizientesten auf dem Markt sind.
4. Für Elektrogeräte in Haushalten müssen verbindliche Verbrauchsgrenzwerte nach dem so genannten Top-Runner- Modell festgelegt werden: Die effizientesten Geräte geben den Standard vor, der

nach einer Frist für alle anderen Geräte gilt. Das kurbelt den Wettbewerb um energiesparende Geräte an.

5. Bei der Gebäudesanierung muss verstärkt in energiesparende Massnahmen investiert werden. Dazu bedarf es wirksamerer Förderprogramme sowie einer Ausweitung der Energieeinsparverordnung, die den Energieverbrauch in Gebäuden regelt. Wichtig ist, dass diese Maßnahmen auch wirksam kontrolliert werden. Außerdem müssen Nachtspeicherheizungen ersetzt werden.

6. Das Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) muss zukünftig mindestens in der Hinsicht ergänzt werden, dass Strom z. B. aus Windkraft oder Photovoltaikanlagen höher vergütet wird, wenn er zu Spitzenlastzeiten oder als Regelenergie abgenommen wird.

7. Der Ausbau von Windkraftanlagen muss bürgerorientiert und Umwelt angepasst gefördert werden.

8. Die Nutzung von Erdwärme zur Energiegewinnung (Geothermie) muss massiv vorangetrieben werden. Der Staat sollte das finanzielle Risiko für Probebohrungen der ersten 100 Anlagen übernehmen (Fündigkeitsrisiko).

9. Erneuerbare Energien müssen auch zur Wärmeengewinnung verstärkt ausgebaut werden. Das bisher unzureichende Förderprogramm muss deshalb durch ein Gesetz für die regenerative Wärmeherzeugung – analog zum EEG – ersetzt werden

Konsequenzen bei Energieträgern

Braunkohle ist klimaschädlichster Energieträger

Die Braunkohle im Rheinland hat einen Wassergehalt von 50 bis 60 %; der Anteil an unverbrennbarer Asche liegt zwischen 1,5 und 8 %. Ihr Heizwert gegenüber der Steinkohle ist insbesondere wegen des hohen Wassergehaltes um mehr als die Hälfte niedriger, er liegt bei 7.800 bis 10.500 kJ/kg. Damit entspricht eine Tonne Rohbraunkohle im Durchschnitt dem Heizwert von 0,31 t Steinkohleeinheiten (t SKE). Die CO₂-Emissionen pro verbrannter Tonne Steinkohleeinheiten (SKE) liegen bei der Braunkohle bei 3,25 t, bei der Steinkohle bei 2,68 t, beim Erdöl bei 2,3 t und beim Erdgas bei 1,5 t. Bezogen auf die Rohbraunkohle wird je verfeuerter Tonne etwa 1 t Kohlendioxid frei gesetzt. Braunkohle ist damit der klimaschädlichste aller fossilen Energieträger. Die eingesetzten Brennstoffmengen sind untrennbar mit den CO₂-Emissionsmengen verbunden, und das völlig unabhängig vom Wirkungsgrad des Kraftwerks. Der Wirkungsgrad entscheidet nur über die erzeugten Kilowattstunden pro t SKE, also der spezifischen CO₂-Emission pro kWh. Will man den Klimawandel verlangsamen, muss man letztendlich weniger Braunkohle verfeuern. Im Jahre 2006 wurden in den drei Tagebauen des Rheinlandes (Garzweiler 37,1 Mio. t, Hambach 37,8 Mio. t, Inden 21,3 Mio. t) insgesamt 96,178 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, von denen 90 % (86,5 Mio. t) in die Verstromung gingen. Allein die damit im Wesentlichen belieferten

RWE-Kraftwerke Frimmersdorf, Neurath, Niederaußem und Weisweiler emittierten in 2006 83,4 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid. Das entspricht mehr als 27 % der gesamten CO₂-Emissionen Nordrhein-Westfalens.

Klimaschutz nur ohne Braunkohle

Trotz fortschreitenden Klimawandels geht die RWE Power AG davon aus, dass der Einsatz von Braunkohle zur Stromerzeugung in Deutschland bei den gegebenen energiepolitischen Rahmenbedingungen künftig weitgehend konstant bleibt. Allein aus Gründen des Klimaschutzes könne wir uns die Nutzung der Braunkohle gar nicht mehr leisten. Der aus Gründen des Klimaschutzes unabdingbare Strukturwandel in der Stromerzeugung wird im Wesentlichen Ausmaß durch den notwendigen, altersbedingten Ersatzbedarf fossiler Kraftwerke vorgegeben. Von den bis zum Jahr 2000 errichteten Kraftwerken sind bis 2020 insgesamt 60 GW zu ersetzen, bis 2030 sind es insgesamt bereits 90 GW, also 75% der Kraftwerkskapazität des Jahres 2000. Sollen die zuletzt von der Bundesregierung bekräftigten Klimaschutzziele (- minus 40 % CO₂ bis 2020, minus 80 % bis 2050 -) erreicht werden, ist eine neue Weichenstellung notwendig - ist eine Abkehr von der kohlezentrierten Politik zwingend erforderlich.

Ausstieg aus Kohlepolitik

Bundesweit entfallen 24 % der Bruttostromerzeugung auf Braunkohle, 21 % auf Steinkohle (2006). In Nordrhein-Westfalen liegt der Braunkohlen-Anteil bei 45 %, die Steinkohle kommt auf 38 % (2005). Diese Energieträger sind bundesweit damit allein für den Ausstoß von 337 Mio. t Kohlendioxid jährlich verantwortlich. Etwa 160 Mio. t davon entfallen auf Nordrhein-Westfalen. Mehr als 50 % diese CO₂-Emissionen werden von den vier Braunkohlekraftwerken der RWE Power AG in Frimmersdorf, Neurath, Niederaußem und Weisweiler erzeugt. Wer es mit dem Klimaschutz in NRW ernst meint, muss die Braunkohleverstromung schnellstmöglich und die Steinkohleverstromung mittelfristig stoppen.

Die große Koalition in Berlin hat sich mit ihrem Steinkohle-Kompromiss darauf geeinigt, die Subventionierung bis zum Jahr 2018 auslaufen zu lassen, wobei NRW bereits 2015 die Zahlungen einstellen kann, nachdem auf 700 Millionen Euro Strukturhilfemittel des Bundes verzichtet wurde. Für Zuschüsse zum Kohleabsatz und Kosten durch Zechenstilllegungen wollen Bund und Länder annähernd 19,5 Milliarden Euro bereitstellen. Eine Tür haben sich Bund und Länder offen gelassen: Im Jahr 2012 soll überprüft werden, ob die Steinkohleförderung auch über 2018 hinaus doch noch bezuschusst werden soll. Deshalb ist die Steinkohle noch lange kein Auslaufmodell. Große und kleine Unternehmen setzen auf diesen Energieträger. Dies macht vor allem die billige Importkohle möglich. Rund Dreiviertel der in Deutschland verfeuerten Kohle kommt aus Russland,

Südafrika und Australien. Sie ist im Schnitt nur halb so teuer wie die deutsche Kohle.

Die geplanten Braun- und Steinkohle-Kraftwerke in NRW würden rund 75 Mio. t CO₂ jährlich produzieren. Die Energiekonzerne planen in den nächsten Jahren den Bau von 27 Kohlekraftwerken, wovon allein 11 in NRW errichtet werden sollen. Diese Kraftwerke sollen jedoch vorrangig mit ausländischer Importkohle betrieben werden. Die Kohlewirtschaft (DSK) prognostiziert für die nächsten Jahrzehnte eine erhebliche Zunahme des Kohleeinsatzes im Bereich des Strom- und Wärmemarktes. Nach einer Studie von PROGNOSE soll der Anteil der Steinkohle an der Stromerzeugung von 22 % in 2005 auf 31 % in 2030 ansteigen. Dieser Studie liegt die Einschätzung zugrunde, dass der Einsatz von Atomenergie erheblich zurückgeht und der Einsatz von Gas und Mineralöl aus Gründen eines zu erwartenden Preisanstiegs nur noch 10 % betragen wird. Demgegenüber wird das Wachstum von regenerativen Energien mit 26 % veranschlagt.

Doch anstatt jetzt die Energiewende einzuleiten und z.B. auf Energiespartechnologien, Erneuerbare Energien oder auch – als Brückentechnologie - hocheffiziente, kostengünstige und wesentlich klimaverträglichere GuD-Kraftwerke im Grundlastbereich zu setzen, hält die CDU/FDP Mehrheit im Land weiterhin neben der grundsätzlichen Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, von denen es in NRW keine gibt, an Steinkohlekraftwerken und vor allem an der Braunkohle fest. Mitte 2005 wurde seitens der Bezirksregierung Düsseldorf ein 2.200 MW-Doppelblock eines sogen. BoA-Kraftwerks („Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik“) am Standort Grevenbroich- Neurath genehmigt, ein weiteres Kraftwerk dieser Größenordnung soll nach RWE-Plänen in Bergheim- Niederaußem bis 2014 ans Netz gehen. Damit wird die Nutzung des „Klimakillers Braunkohle“ für weitere 40 Jahre zementiert.

Regenerative Energien und Energieeinsparung in NRW – die Landesregierung tritt auf die Bremse

Die LINKE. NRW setzt sich für eine deutliche Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energiemix ein. Wir halten eine Steigerung deutlich über 20% im Jahre 2020 für machbar, wenn der Windkraft keine weiteren Fesseln angelegt werden, das Repowering gefördert wird. Gleiches gilt für die Geo- und die Solarthermie, Biomasse und Wasserkraft.

Das Stromnetz muss an die Bedürfnisse aktueller und zukünftiger dezentraler Stromproduktion angepasst und modernisiert werden. Die Bundesnetzagentur kritisiert den Zustand der Stromnetze und die neoliberale Politik sieht keinen Anlass, ihre Modernisierung auch gegen die Netzbetreiber zu erzwingen. Unter privatkapitalistischer Eigentümerschaft

des RWE's dürfte dies auch nicht wirklich umzusetzen sein. Auch aus diesem Grunde muss das Stromnetz unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben werden.

Die Atomtechnologie ist wegen ihrer unabsehbaren Risiken – vgl. die aktuelle Studie zu den Krebserkrankungen im engeren Umfeld eines AKW's – abzulehnen. Auch hierbei befinden sich die neoliberalen Parteien in der energiepolitischen Sackgasse.

Anders als die CDU lehnt die LINKE NRW es ab, das Ziel einer 30%igen Reduktion der CO² Emissionen von der Energiepolitik anderer Staaten abhängig zu machen. NRW als führendes Industrieland in der Bundesrepublik hat mit gutem Beispiel voranzugehen.

Nicht nur durch den Windkraftenerlass mit seinen unsinnigen Vorschriften hat die Landesregierung NRW die ‚Erneuerbaren‘ an die Kette gelegt. Sie hat durch tatenloses Zusehen mit dafür gesorgt, dass das RWE weiter das Land mit CO²-emittierenden Kraftwerken zupflastern will und damit die Kyoto-Ziele aus den Augen zu verlieren droht. Eine Richtungsänderung tut dringend Not.

In ca. 3100 Unternehmen sind an Rhein und Ruhr 18500 Menschen (Stand 06, Zahlen und Daten aus der Studie Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien: „Zur Lage der Regenerativen Energiewirtschaft in NRW 2006“ im Auftrag des MWME Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW) mit erneuerbaren Energien beschäftigt. Mit rund 4500 Beschäftigten liegt dabei die Windenergie an der Spitze. Gerade in diesem Zusammenhang ist es daher unverständlich, dass der Windkraftverhinderungserlass in NRW nach wie vor Vorschriften enthält, die darauf gerichtet sind, Windkraftanlagen zu verhindern statt sie zu bauen.

Der Beitrag in Höhe von 13 Mio.t. CO², den die ‚Erneuerbaren‘ im Jahre 2006 an Emissions-Einsparung geleistet haben, könnte also deutlich höher sein.

Gerade die Beschäftigungszunahme von 2000 Arbeitsplätzen gegenüber dem Vorjahr 05 zeigt deutlich, welche Potentiale in den ‚Erneuerbaren‘ stecken. Diese werden allerdings von der Landesregierung nicht genutzt.

Die IWR-Studie zeigt dies deutlich. Danach sind die Wachstumsmotoren auf dem nationalen Strommarkt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wobei der Wärmesektor im Bio- und Solarthermiebereich immerhin von einer Kombination aus Bundes- und Landesförderung steigenden Energiepreisen sowie Vorzieheffekten im Vorfeld der Mehrwertsteuererhöhung und der auslaufenden Eigenheimzulage profitiere.

Das ist für die Landespolitik beschämend. Allerdings überrascht sie auch nicht, denn wer die Eigenkräfte des ‚Marktes‘ zum Credo seiner Wirtschaftspolitik macht, wird natürlich nicht aktiv tätig.

Aus diesem Grunde befürwortet die LINKE NRW u.a. ein Landeswärmegesetz, mit der weitere Arbeitsplätze geschaffen werden können und zugleich weitere CO²-Einsparungen in relevanten Größenordnungen möglich sind.

Das Energie-Einspeisungsgesetz (EEG) hat sich im wesentlichen bewährt. Der Versuch der CDU in NRW, es in Frage zu stellen, und den Emissionshandel als Alternative darzustellen ist unverantwortlich und lässt bezweifeln, ob sie ihren eigenen Anspruch, ambitionierte Energieziele umzusetzen, wirklich ernst meint.

Angesichts der Finanznot der Gemeinden wäre es weiterhin dringend erforderlich, dass die Landesregierung die Städte und Gemeinden ermutigt, Windkraftflächen auszuweisen. Der Bundesverband Windenergie hat in einem progressiven Szenario für NRW und seine Kommunen ausgerechnet, dass im Jahre 2015 ca. 100 Mio. € an Gewerbesteuererinnahmen eingenommen werden könnten - mit steigender Tendenz. Damit diese Einnahmen auch tatsächlich in Zukunft verbucht werden können, müssen ideologisch motivierte Vorurteile gegenüber der Windkraft ad acta gelegt werden.

Ein Nationaler Energieplan ist nötig!

Als wichtigstes Industrieland in der Bundesrepublik hat NRW die Verantwortung zu nutzen, durch Bundesratsinitiativen z.B. für ein Wärmegesetz auf Bundesebene einzutreten. Ebenfalls sollte NRW sich für einen nationalen Energieplan einsetzen, der dafür Sorge trägt, fossile Energien in breiter Fläche durch regenerative Energien zu ersetzen. Eine mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete Energieagentur könnte z.B. dafür Sorge tragen, jährlich die Importmenge von Öl und Kohle zu substituieren und damit diese Energieträger zu reduzieren. Zugleich wird die Industrie per Gesetz gezwungen, Produkte anzubieten, die andere Energieträger benötigen. So sollte die Autoindustrie angehalten werden, Elektroautos anzubieten, die längst technisch in der Lage sind, in einem Teilbereich des Marktes die benzin- oder dieselgetriebenen Automobile zu ersetzen.

Energienetze und Stromkonzerne vergesellschaften!

Die VerbraucherInnen haben mit den jahrzehntelang gezahlten hohen Strompreisen die Netze längst bezahlt. Daher ist es nur recht und billig, diese zu vergesellschaften – und in BürgerInnenbesitz zu überführen.

Die Stromverteilung und –produktion durch die Großkonzerne – in NRW das RWE - darf nicht mehr als Warenproduktion betrieben werden, sondern wird demokratisch, ökologisch und sozial auf hohem Niveau geplant. Alle gesellschaftlich relevanten Sektoren sind an dieser Planung zu beteiligen. Länder und Gemeinden, Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Umweltschützer usw. beaufsichtigen die Herstellung und Verteilung des Stroms als gesellschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge im öffentlichen Eigentum. Die Beschäftigten und VerbraucherInnen in diesem Sektor sollten weitgehende Selbstbestimmungsrechte bezogen auf ihre Interessen haben. Die LINKE NRW schlägt auch eine Diskussion vor, ob eine Vergesellschaftung nicht in genossenschaftlicher Form erfolgen kann. Jeder Einwohner in NRW könnte Mitglied einer Energiegenossenschaft sein, die für die Verteilung und Produktion von Energie zuständig ist. Jedes Mitglied hat ein Recht auf preiswerte Energie und einen (bescheidenen) Gewinn der Genossenschaft. Zugleich bleibt auch der Preis bescheiden. Gewinne werden nur noch gemacht, um gemeinwirtschaftliche Kosten zu tragen: Investitionen in die Netze, Kraftwerke, Forschung, gute Gehälter, Energiesparaktionen usw.usf.

Dieses neue vergesellschaftete Unternehmen muss alle Anstrengungen vornehmen, möglichst viele Stromproduzenten zur Einleitung regenerativ erzeugten Stroms zu animieren und deren Einspeisung in das Netz zu fördern. Weitere Großkraftwerke dürften somit entbehrlich sein, alte könnten nach einer Übergangszeit stillgelegt werden. Damit können viele Millionen BürgerInnen, Genossenschaften, Kleinunternehmen usw. Ökostrom für den Eigenverbrauch und den Überschuss für das Netz produzieren. Damit sinken schon auf kurze bis mittlere Sicht die Strompreise deutlich zum Vorteil der VerbraucherInnen – und das Klima wird drastisch CO²-entlastet.

Durch den ersten Schritt einer Vergesellschaftung des Stromnetzes kann dies etwa erfolgen durch die kostenfreie Entsendung von EnergieberaterInnen in private und gewerbliche Nutzerhaushalte mit dem Ziel, den Verbrauch von Energie und damit natürlich postwendend von Klimagasen zu reduzieren. Die Einsparpotentiale gerade in privaten Haushalten, aber auch in Industrie und Gewerbe sind enorm. Kleinere Hardware wie Energiesparbirnen, Steckerleisten oder Strommessgeräte könnten aus dem Gewinn einer solchen öffentlichen Betreibergesellschaft Kunden kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Eine Arbeit, die ein gemeinnütziger Netzbetrieb von Gesetzes wegen erbringen kann, die dadurch das Klima schützt und ganz nebenbei viele Tausend Arbeitsplätze

schaft – die privatkapitalistisch agierenden Netzbetreiber – obgleich zum Teil in öffentlicher Hand - haben daran keinerlei Interesse.

Die Enteignung der Netze als ersten Schritt stützt sich auf Art. 15 Grundgesetz und Art. 27 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, in der es heißt: „(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“

Verfasser:

**Michael Aggelidis, Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE.NRW,
energiepolitischer Sprecher**

Rüdiger Sagel, Mitglied des Landtags, DIE LINKE.NRW